

Saar-Koalition will über Schulreform schnell verhandeln

Saarbrücken. Die Spielräume für eine Einigung von Jamaika-Koalition und Opposition auf eine umfassende Neuordnung der Schulstruktur im Saarland werden kleiner. CDU-Fraktionschef Klaus Meiser schloss gegenüber der SZ aus, dass das Regierungsbündnis in den Verhandlungen mit SPD und Linken über eine Verfassungsänderung auch Fragen wie die Klassengröße behandelt. Dies hatte die SPD zur Bedingung für Gespräche gemacht. Ohne Verfassungsänderung kann die Landesregierung weder die fünfjährige Grundschule noch die Gemeinschaftsschule einführen. Nach Meisers Worten will die Koalition die Verfassungsänderung noch in diesem Jahr unter Dach und Fach bringen – obwohl die SPD diese Frage erst 2011 klären möchte. Eine Entscheidung sei noch 2010 erforderlich, damit die Reform zum Schuljahr 2011/2012 in Kraft treten könne, sagte Meiser. Er werde die Opposition bereits im August zu Gesprächen einladen. > **Seite B 2: Bericht** *kir*

Keine Schulreform um jeden Preis

Koalition will zügig mit der Opposition verhandeln – und notfalls einen Plan B umsetzen

Schon im August soll es erste Gespräche zwischen Koalition und Opposition über eine Reform der Schulstruktur geben. CDU, FDP und Grüne wollen sich aber keine Bedingungen dafür diktieren lassen.

Von SZ-Redakteur
Daniel Kirch

Saarbrücken. Das Regierungsbündnis aus CDU, FDP und Grünen will zügig mit der Opposition über eine Verfassungsänderung zur Reform der Schulstruktur verhandeln. Allerdings strebt die Jamaika-Koalition nach den Worten von CDU-Fraktionschef Klaus Meiser mit SPD und Linken keine Einigung um jeden Preis an. Meiser sagte der SZ, in Absprache mit den Koalitionspartnern werde er die Vorsitzenden von SPD- und Linksfraktion, Heiko Maas und Oskar Lafontaine, für die zweite August-Hälfte zu einem Gespräch einladen. Eine Entscheidung noch in diesem Jahr sei notwendig, um die neue Schulstruktur rechtzeitig zum Schuljahr 2011/2012 einführen zu können.

Die Koalition ist bei der geplanten Reform auf die Zustimmung einer der beiden Oppositionsfractionen angewiesen, weil für die erforderliche Verfassungsänderung eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Landtag notwendig ist. CDU, FDP und Grüne streben eine Zusammenführung von Erweiterter Realschule (ERS) und Gesamtschule zur „Gemeinschaftsschule“ sowie eine Verlängerung der Grundschule auf fünf Jahre an. Meiser lehnte die



Die CDU will die Grundschulzeit nur dann um ein Jahr verlängern, wenn es dafür eine „breite Akzeptanz“ gibt. Und wenn die Klasse 5 „für die Leistungsstarken das erste Gymnasialjahr“ ist. Foto: dpa

Forderung der SPD nach einer Verknüpfung der Strukturreform mit Einzelfragen wie kleineren Klassen oder mehr Schulsozialarbeit ab. „Wir werden mit der Opposition nicht über jedes Detail der Bildungspolitik verhandeln“, sagte der CDU-Fraktionschef. Grundlage der Gespräche sei ein Entwurf für eine Verfassungsänderung, auf den sich die Koalition geeinigt habe und der nach der Sommerpause in den Landtag eingebracht werde. Auch der Bedingung der Linken, die Option auf eine sechsjährige Grundschule offenzulassen, erteilte Meiser eine klare Absage.

Der Unions-Fraktionschef konkretisierte die Pläne für das fünfte Grundschuljahr. Dieses werde es nur geben, wenn die

Klasse fünf „für die Leistungsstarken auch das erste Gymnasialjahr“ ist. So solle in der fünften Grundschulklasse mit 30 Wochenstunden das bisherige Niveau des Gymnasiums gelten. Außerdem würden Kernfächer wie Deutsch und Mathematik von Lehrern weiterführender Schulen unterrichtet.

Angesichts der heftigen Debatte versicherte Meiser „ausdrücklich“, ein fünftes Grundschuljahr werde es „nur auf der Grundlage einer breiten Akzeptanz“ geben. Bislang wehren sich Eltern- und Lehrerverbände allerdings gegen die Pläne.

Die Koalition ist sich nach Meisers Worten bereits über einen Plan B einig, falls die Opposition eine Verfassungsänderung blockiert und es sowohl

bei der vierjährigen Grundschule als auch bei der verfassungsrechtlichen Garantie für ERS und Gesamtschule bliebe. Das werde die Koalition nicht daran hindern, die beiden Schulformen nach dem Konzept der Gemeinschaftsschule „aufeinander zu entwickeln“, sagte Meiser. Wenn die Opposition meine, mit einem Nein zur Verfassungsänderung die Umsetzung des bildungspolitischen Konzeptes der Koalition verhindern zu können, irre sie. Ziel sei eine größtmögliche Wahlfreiheit, damit die neue Schulstruktur langfristig trage und den Schulfrieden sichere.

Im Internet:
www.saarbruecker-zeitung.de/bildung